Konsens bei den Armeeaufträgen

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Konsens bei den Armeeaufträgen

Die ETH-Studie «Sicherheit 2005» sagt auf S. 45: «In der Schweiz besteht zurzeit kein Konsens hinsichtlich der Armeeaufgaben.»

Die Sozialdemokraten sähen mehr Auslandengagement und weniger Verteidigungskapazität. Die Schweizer Volkspartei sieht es umgekehrt: Mehr Verteidigungsfähigkeit, aber keine Soldaten im Ausland.

Eine der freisinnig-liberalen Prioritäten 2004 bis 2007 lautet: «Die Armeereform, basierend auf den sicherheitspolitischen Leistungsaufträgen, ist umgesetzt.»

«Zu viele strategische Parameter haben sich zwischenzeitlich verändert.»

Aber diese sicherheitspolitischen Leistungsaufträge sind noch gar nicht formuliert. Sie wären das Produkt einer aktualisierten strategischen Lagebeurteilung. Deshalb sollte der Sicherheitspolitische Bericht 2000 überarbeitet werden.

Zu viele strategische Parameter haben sich zwischenzeitlich verändert. Begriffe wie Neutralität, Verteidigung, Ausserordentliche Lage, Subsidiarität und Wehrpflicht müssen der Lage entsprechend definiert werden. Die politische Führung muss auch entscheiden, ob sich die Schweizer Armee für den schlimmsten oder lediglich für den wahrscheinlichen Fall vorbereiten muss.

Der neue Sicherheitspolitische Bericht und die Leistungsaufträge an die Armee müssen vom Parlament nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern genehmigt werden. Nur so wird die zukünftige sicherheitspolitische Diskussion im Rahmen einer mehrheitsfähigen Strategie möglich werden.

In dieser Nummer begründen verschiedene Persönlichkeiten, weshalb der Sicherheitspolitische Bericht 2000 aktualisiert werden soll. Wir zeigen auf, dass verschiedene Experten unter «Neutralität» etwas anderes verstehen.

In einer Beilage schliesslich befassen wir uns mit den «sicherheitspolitischen Leistungsaufträgen» an die Armee.

Diese Nummer wird allen eidgenössischen Parlamentariern zugestellt. Vorgängig wurde sie den Bundeshaus-Journalisten vorgestellt.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Louis Geiger, Chefredaktor